

## Kieler Entscheidung zur Dodenhof-Erweiterung verzögert sich

Kaltenkirchen. Einige knappe Worte von Bürgermeister Hanno Krause (CDU) überraschten am Dienstagabend sowohl die zahlreichen Zuhörer als auch die Stadtvertreter. Demnach wird es in diesem Monat keine Entscheidung der Landesregierung in Kiel zur Erweiterung des Möbel- und Modehauses Dodenhof in Kaltenkirchen geben.

Das steht im Widerspruch zu einer Aussage von Ministerpräsident Torsten Albig (SPD). Der hatte bei einem Besuch im Februar in der Stadt angekündigt, dass es im Mai zu einem Beschluss seiner Regierung zum beantragten Zielabweichungsverfahren kommen werde.

Das Familienunternehmen Dodenhof mit Stammsitz in Posthausen bei Bremen möchte die Verkaufsfläche seines Möbel- und Modehauses von knapp 50000 um weitere 12000 Qua-

dratmeter erweitern. Ein Antrag für diesen Ausbau liegt in Kiel vor.

Die ehemalige CDU/FDP-Landesregierung hatte die Dodenhof-Pläne abgelehnt, weil sie zu groß für ein sogenanntes Mittelzentrum wie Kaltenkirchen seien. Die SPD hingegen hatte sich im Landtagswahlkampf für eine Ausdehnung des Unternehmens ausgesprochen, was rund hundert zusätzliche Arbeitskräfte zur Folge hätte. Die neue Regierung hatte ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren angeregt, das dann auch von der Stadt gestellt wurde. Es ermöglicht, Ausnahmen in der Landesplanung zuzulassen.

Wie Krause mitteilte, wurde ihm letzte Woche mitgeteilt, dass von den Städten Neumünster und Norderstedt sowie der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein Gutachten und

Stellungnahmen zu dem Zielabweichungsverfahren bei der Landesplanung eingegangen seien. Dazu können bis zum 6. Juni wiederum Kaltenkirchen und Dodenhof Stellungnahmen einreichen. Außerdem lasse die Landesregierung ein Rechtsgutachten zum Zielabweichungsverfahren erstellen.

Krause bedauerte, dass sich Ministerpräsident Albig nicht an seine Aussagen gehalten habe. „Ich hoffe, dass seine Entscheidung sich nun nicht über mehrere Monate hinzieht.“

Man müsse abwarten, wie der Beschluss der Regierung ausfalle, sagte Berndt Chylla von der Dodenhof-Unternehmensleitung in Posthausen. Es sei schade, dass nun wieder so viel Zeit ins Land gehe. Die Landesregierung wolle sich aber offensichtlich rechtlich absichern, vermutet er. Inzwischen arbeite sein Unternehmen an einer Antwort zu den Einwänden der Kommunen aus dem Umland.tö

© 2013 PMG Presse-Monitor GmbH